

Bezugspreis:
Monatlich 7,50 Mk., monatlich 2,50 Mk.
Jahrespreis 84,00 Mk., halbjährlich 42,00 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 5. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verhandlungen mit Weimar.

Die folgenden Betrachtungen richten sich an alle, die zu einer ruhigen Betrachtung der gegenwärtigen Lage fähig sind. Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins hat am Montag den Generallstreik für Berlin beschlossen.

Auch beim Januarstreik von 1918 ist die Entsendung einer solchen Deputation beschlossen worden, die Regierung Hertling-Wollrat hat es aber abgelehnt sie zu empfangen.

Heute haben wir eine Regierung, die zum großen Teil aus Sozialdemokraten besteht. Darum ist es unmöglich, daß sie sich ebenso verhält wie die Hertling-Regierung 1918.

Die Deputation wird nach Weimar reisen, und man wird mit ihr verhandeln. Doch ein erheblicher Teil der Berliner Arbeiterschaft sich beunruhigt und erregt zeigt, ist schon Grund genug, die Sache ernst zu nehmen.

Nun wird jeder einsichtige Mensch zugeben müssen: Leicht haben es die Arbeiter- und Soldatenräte der Regierung nicht gemacht. Wie liegen denn die Dinge? Die Regierung hat keine absolute Gewalt, sie kann nicht einfach dekretieren: 'Soudsjo wird es gemacht!', sondern sie muß alle Gegenstände der Nationalversammlung vorlegen.

Nun kann man ja auch sagen: Wenn die Regierung diese Forderungen nicht durchbringen kann, kann sie einfach zurücktreten. Das kann sie allerdings — aber sind dadurch die Forderungen etwa bewilligt? Das gerade Gegenteil wäre der Fall.

Nun kommen einige Brauseköpfe mit gestäubten Mähen und erklären: Wenn die Nationalversammlung nicht will, dann nehmen wir einfach den Kampf gegen sie auf und legen unseren Willen gegen sie durch. Dazu müssen wir von unserem Standpunkt aus erklären, daß die Nationalversammlung vom ganzen Volk in freier Wahl gewählt ist.

Kurzum, wie man die Sache auch drehen und wenden mag, man kommt immer auf dasselbe hinaus. Es muß verhandelt werden und es muß für die Verhandlungen eine vernünftige Grundlage gefunden werden.

Auf dem gestrigen Parteitag der Unabhängigen hat Haase den Streikenden seine Sympathie ausgesprochen. Wir wissen uns in dieser Sympathie mit ihm einig, aber als gute Freunde haben wir auch den Mut, den Streikenden zu sagen, daß sie einen Fehler gemacht haben, indem sie in den Streik traten.

er noch im Laufe des heutigen Tages erreicht wird —, dann mag sich die ganze Arbeiterschaft seines Landes freuen. Dann hat niemand einen Grund, mit dem Ausgang unzufrieden zu sein.

Die Lage des Streiks

wurde gestern in einer Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte erörtert. Der Referent Wähnel führte aus, in einem Teil der Betriebe ruhe allerdings die Arbeit völlig. Das sei aber daraus zu erklären, daß in den meisten die Entscheidung über die Frage des Generallstreiks nicht durch geheime Abstimmung erfolgt ist.

Streiktagung der Arbeiterräte Groß-Berlins

Dienstag, 12 Uhr mittags.
Richard Müller eröffnet den Bericht der Streikleitung.
Die Demokraten und Kommunisten seien aus der Sitzung ausgeschlossen. Es sei am Montag beschlossen worden, daß keine Redaktionen erschiene sollen.

gegen die Regierung Oberl. Scheibemann, Roska und gegen die Partei, der diese Leute angehörien. Die Kommunisten seien aus der Streikleitung ausgeschlossen, da sie mit Angehörigen der sozialdemokratischen Partei nicht zusammenarbeiten könnten.

Neue (S. P. D.) erklärt gegenüber Neumann, daß er und seine Parteigenossen im Streikaustritt lediglich angeht die Exzesse (Blündern, Enttauschung der Soldaten der R. S. D. und Schulleuten, Erstürmung von Volkshäusern usw.) erklärt hätten, für die Taten des Böbels keine Verantwortung übernehmen zu können.

Neumann (H. S. P.): Die Zurückweisung des Proletariats sei furchtbarlich und schändlich. Noch immer gibt es Leute, die angesichts der Lage noch lächeln können.

Neue (S. P. D.): Einen Streikbruch zugunsten der 'Roten Kasse' und 'Freiheit' wachen die Ausdrücker nicht mit. Entweder es werde im ganzen Druckerberuf gestreikt oder nirgends.

Schäfer (H. S. P.): Das Mittelungsblatt muß genügen. Die Presse solle ruhen und nur die Streikleitung sprechen.

Neue (Kommunist) will mit der Regierung überhaupt nicht verhandeln. Es wird jedoch Schluß der Aussprache über die Pressefrage beschlossen.

Der Antrag der Kommunisten, daß nur die sogenannte revolutionäre Presse erscheinen solle, wird abgelehnt. Das tägliche Erscheinen des Mittelungsblattes wird beschlossen.

Sodann wird auf Antrag der kommunistischen Fraktion beschlossen, gegen die Fortsetzung der Redaktion der 'Roten Kasse' und die Besetzung ihrer Druckerei Protest einzulegen.

Sturmjahren
kommt es, als Straßer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der S. P. D.-Fraktion beantragt, die Vollversammlung möge feststellen, ob der Generallstreik sich gegen die sozialdemokratische Partei und deren Führer richte.

Dies wird mit großer Majorität angenommen. Auf Antrag der Kommunisten wird fast einstimmig beschlossen, die Aufhebung der Belagerungsaufhanges zu den Streikforderungen hinzuzufügen.

Derfurt (Kommunist) teilt mit, daß Knos Dunder verhaftet worden sei und daß man auch Dr. Levi, allerdings vergebens, gesucht habe.

Ueber die Frage, ob die Streikforderungen durch eine Verhandlungskommission oder beidseitig übermittelt werden sollen, wurde nach einer Aussprache und zweimaliger vergeblicher Abstimmung keine Entscheidung gefaßt.

Mit knapper Mehrheit wurde beschlossen, die Forderungen durch eine Verhandlungskommission zu übermitteln.

Nächste Vollversammlung: Heute, Mittwoch, mittags 12 Uhr, Gewerkschaftshaus.

Der Vorstand der Kammergerichtskammer
verurteilt den Generallstreik auf das schärfste. Er erlaubt die Kollegen, jedem der ärztliche Hilfe bedürftigen diese nach wie vor nach Möglichkeit zu gewähren.

Der Vorstand der Kammergerichtskammer der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin.

Streik und Fleckfieber.
Von der Kommandantur, Abteilung Gesundheitswesen, wird mitgeteilt, daß ihre Tätigkeit durch die Streiks schwer gehemmt und in Gefahr ist, gänzlich unterbunden zu werden.

**Bekanntlich** waren in der letzten Zeit an allen Enden und Ecken Berlins Viehdiebstähle zu verzeichnen. Der Seuchenrat hat bisher verordnet, daß für die überaus gefährliche Epidemie verordnend über ganz Berlin verfahren wird. Aber seine Tätigkeit unterbunden, so sind die Folgen nicht abzusehen! Er bittet um die Hilfe der Bevölkerung, damit Berlin nicht verlaßt und verpestet.

### Kein Streik der Eisenbahner.

Die Eisenbahner nehmen an dem Streik nicht teil mit der Begründung, daß sie darin den Versuch unverantwortlicher Drahtzieher sehen. Die Arbeiter für ihre eigennützigen politischen Zwecke zu mißbrauchen. Sie leben in ihrer Stellungnahme einen Kampf um das Recht und wollen in der Zeit der tiefsten wirtschaftlichen Not nicht das Volk seinem völligen Zusammenbruch entgegenführen.

Der Bezirksverein des Eisenbahnbeamtenbundes hielt heute mittag eine Versammlung seiner Vertrauensleute ab. Es wurde einstimmig beschlossen, den Betrieb in vollem Umfange aufrechtzuerhalten und höchstens der Gewalt zu weichen, da die allgemeinen Bestimmungen dies für alle Beamten vorsehen.

### Eisenbahner! Kollegen!

Die Beamtenchaft des Direktionsbezirks Berlin beteiligt sich an dem Generalkstreik nicht, weil sie im Interesse des allgemeinen Wohls die Ordnung aufrecht erhalten wissen will und auf der Seite der jetzigen Regierung steht.

Einen entsprechenden Beschluß haben auch Vertrauensleute der Arbeiterchaft, soweit sie im Allgemeinen Eisenbahnverband organisiert ist, gefaßt.

### Triebel, Oberkreuzer,

Vorsitzender des Bundes der Eisenbahnbeamten (Bezirk Berlin),  
Mutter, Bezirksleiter  
und Vertreter des Allgemeinen Eisenbahnverbandes.

### Spandauer Streikwache.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Am Sonntag wurde plötzlich auf den verschiedensten Punkten telephonisch bekanntgegeben, die und die Arbeiter hätten die Arbeit niedergelegt und mit andern Worten solidarisch erklären. Die Arbeiter verlangten nun von den Vertrauensmännern bzw. Betriebsräten Aufschluß, was geschehen solle. Diese gaben natürlich die Antwort: „Wir lehnen jede Verantwortung ab, wer arbeiten will, kann arbeiten.“ Eine Betriebsversammlung während der Arbeitszeit wurde als nicht statthaft erklärt; es sollten alle Arbeiter im Betriebe verbleiben, aber nicht arbeiten. Nachmittags wurde eine Versammlung einberufen, an der von annähernd 3000 Arbeitern kaum 600 teilnahmen und in welcher beschlossen wurde, nicht zu arbeiten. Dieser Beschluß wurde aber nicht etwa durch geheime Abstimmung herbeigeführt, sondern durch Erheben der Hände. Denn auf eine geheime Abstimmung hin wäre der Beschluß anders ausgefallen.

### Zu der A. G. W. Brunnenstraße

wurde geheime Abstimmung sowohl bei den Arbeitern wie bei den Anwesenden nicht vorgenommen. Wenn es nicht wohl Adolf Hoffmann gegen die öffentliche Stimmabgabe in seinem Leben gehalten?

### Kriegsmetal-A. G.

In der Angestelltenversammlung wurde der linksradikale Ausschuss, die Jugendabteilung der Regierung mitzuteilen und bei der (von der Versammlung geforderten) Verlesung der meisten Streikforderungen war er — weiter und konnte nur kläffern. Nach einem weiteren Redner für den Streik versetzte man die Redezeit auf 5 Minuten. Von den Angestellten, die nicht dem linksradikalen Novemberausfluß angehören, sprach keiner für den Streik. Angesichts der Stimmung wollte der Ausschuss nicht abstimmen lassen, die Punkte würden entscheiden. Die Versammlung setzte aber geheime Abstimmung durch, die denn auch gegen den Ausschuss ausfiel. Will er weiter leben bleiben?

### Geheime Streikabstimmungen.

Bauarbeiter H. S. Hermann: 370 gegen, 122 für, 7 zerstreut (1).  
Böhm. Reparatur Dr. Nummer: 222 gegen, 48 für, 2 entz.

### Ein neuer Aufbruch der Kommandantur.

Wie die P. V. N. erfahren, steht sich die Kommandantur geneigt, nachstehenden Aufbruch zu erlassen:  
Verfügt!

Große Ansammlungen von Rekrutierten haben es Märdern und Plünderern ermöglicht, schwere Ausschreitungen gegen Privateigentum zu begehen.

Obgleich wir vor kaum 48 Stunden die Ermahnung an Euch richteten, Straßen und Plätze frei zu halten, ist unsere Bitte von einem großen Teil der Bevölkerung nicht beachtet worden.

Arbeiter und Bürger!  
Nicht stehen bleiben! Straßen frei! Nur, wenn unsere Bitte befolgt wird, können wir für das Leben Unschuldiger einstehen. Den Anordnungen der Regierungstruppen ist unbedingt Folge zu leisten. Helft mit, die Ordnung aufrecht zu erhalten!

Der Kommandanturrot: Der Kommandant:  
gez. Heidegger, Auhnt, Engels. gez. Klamunde.

### „Politischer Kampf?“

Auf dem 10 Minuten langen Fußweg von der Postamt Grenze bis zur Staatsoper Straße löste man Dienstag früh sechs ausgeplünderte Geschäfte, je drei Juwelier- und Kleiderläden, deren schwere Einrichtungsgegenstände in sachkundiger Weise geprengt worden waren.

Rechts Polizeireviere, so das 16. in der Prenzlauer Str. 48, das 51. in der Landsberger Str. 1-2 und das 106. in der Köpenicker Str. 20 und der Schillingstr. 17 wurden Dienstagnachmittag wieder von etwa 150 Herren überfallen. Obwohl die Reviere bereits in der Nacht betriebsfähig worden waren, drang man wiederum ein und suchte Woffen. In Zusammenstößen kam es bei diesen Überfällen nicht, da die entwaffneten Beamten sich nicht wehren konnten. Ein Zusammenstoß am Alexanderplatz ist durch einen Arbeiter auf marschierende Soldaten bevorzugen worden. Als der Trupp in geschlossener Marschordnung mit einem Offizier an der Spitze über den Alexanderplatz zog, wurde er umringt und eingekreist. Dann fiel man über die Soldaten her und versuchte, diesen die Woffen zu entreißen. Die Soldaten schrien sich aber energisch zur Wehr und machten, als die Menge nicht zumißig war, von ihrer Woffe Gebrauch. Die ersten Schüsse forderten gleich zwei Opfer. Dennoch drangen die aufgeregten Menschen weiter auf die Soldaten ein, bis ihnen Regierungstruppen aus dem Polizeipräsidium zu Hilfe eilten und mit Panzerautomobilen und Kochgeschützen den Platz säuberten. Dabei fanden vier weitere Menschen den Tod.

Im Reichenschaubause wurden bisher erst zwei Opfer eingeleitet: ein Arbeiter Jöbel, der in der Landsberger Straße erschossen wurde, und ein noch unbekannter Mann. Die bei dem Zusammenstoß auf dem Alexanderplatz Gefallenen wurden zunächst im Polizeipräsidium aufgebahrt.

### Das Nachtgefecht in Richtenberg.

Gegen 11<sup>1/2</sup> Uhr nachts versuchten 60 bis 70 Mann in das Polizeirevier 1 in Richtenberg einzudringen. Alle Türen waren verschlossen. Als der Aufforderung zum Öffnen nicht nachgegeben wurde, wurde von außen durch die verschlossenen Fenster geschossen. Nach circa 15 Schüssen wurde das Feuer von innen erwidert, hierauf zogen sich die Angreifer zurück, nachdem Aufklärung auf der gegenüberliegenden Seite der Müggelstraße und des Krabaplatzes und jetzt von hier aus das Feuer fort. Alle

Angreifer nach war die elektrische Straßenbeleuchtung gestört worden. Vom Polizeirevier 5 erschienen Verstärkungen. Bei dem sich nun entzündenden Feuergefecht wurden die Beamten Herzen der Lage und gestiegen die Angreifer. Weiter wurden dabei der Polizeiwachmeister Ränberg vom Polizeirevier 5 erschossen, während der Polizeiwachmeister Wolf vom Revier 5 tödlich verwundet wurde. Bei dem Sturm aus dem Polizeirevier 1 wurde der Kriminalwachmeister Maletz tödlich verwundet dem Oberwachmeister Müller der linke Daumen abgeschossen, während der Reviervorsteher durch einen Streifenschuß unerbittlich verletzt wurde. Von den Angreifern sind mehrere verwundet und von ihren Leuten mitgenommen worden. Ein Polizeiwachmeister brachte einen der Angreifer in Soldatenuniform mit roten Wagners Eisen Str. 15. Schwere Verletzung nach der Rettungswache, wo er bald nach seiner Entlieferung verstarb. Ein Angreifer in Matrosenuniform wurde festgenommen. Bei ihm wurde ein Schusswundfödel und Schusswaffen gefunden. Regierungstruppen erschienen erst später, beteiligten sich aber nicht am Kampf.

### Menschliche Bestien am Alexanderplatz.

Ein glauwürdiges Augenzeuger berichtet uns folgenden Vorfalle, der sich Dienstag, abend etwa 7<sup>1/2</sup> Uhr, am Alexanderplatz ausgetragen hat. Der Platz war um diese Zeit mit einer dichten Menschenmenge bedeckt. Wie man aus den Gesprächen ersehen konnte, waren darunter weit weniger politische denkende Personen als rabau- und plünderungstüchtige Mob und allerhand zweifelhafte Elemente. Plötzlich passierte ein Auto den Platz, in dem zwei Militärpersonen saßen. Diese bah seitens der Inassen die geringste Probolation verübt worden wäre, wurde das Auto zum Halten gebracht, umringt und die beiden Inassen herausgerissen. Der eine wurde sofort zu Boden geworfen und noch, als er blutüberströmt dalag, von allen Seiten mit Hieben und Schlägen bedacht. Der andere suchte zu flüchten, wurde aber von einer dichten Menschenmenge verfolgt, eingeholt und buchstäblich in Stücke gerissen. Es war ein Anblick, der jeden anständigen Menschen, ganz gleich welcher Gesinnung, mit Schauer und Ekel erfüllen mußte.

### Noch viel zu wenig Opfer

seien gefallen, erst wenn es Tausende wären, würde es besser sein. Das könne ja diesmal nachgeholt werden. Es würden sich auch schon welche finden, die Ebert, Scheidemann und Kosle richten...

So wurde in der Kommunistenversammlung am 2. März im Pagenhofer Saal, Landsberger Allee erklärt.

### Die Ausschreitungen.

Eine Botschaft meldet: Auf dem Märkter Bahnhof wurde versucht, die Gleise aufzureißen, um den nach Spittelbus ausfahrenden Zug an der Weiterfahrt zu hindern. Bahnbeamte und Soldaten verhinderten das.

In der Kasanallee wurde ein Truppenzug, als er, von Panfow kommend, in das Stadlinnere zog, angegriffen. Man schloßerte den Soldaten zunächst heftige Schußworte entgegen. Unbekümmert um diese Anfeindungen und Beschäftigungen zog die Truppe weiter, bis plötzlich aus der Menge und auch aus einigen Häusern Schüsse fielen. Zahl machten auch die Soldaten von ihrer Woffe Gebrauch. Opfer hat diese Schießerei nicht gefordert.

Vier Soldaten, die bei dem Zusammenstoß am Alexanderplatz ihr Leben haben lassen müssen, wurden gestern abend in das Garnisonlazarett eingeliefert. Kriminalwachmeister Priester, der gleichfalls am Alexanderplatz verwundet worden war, ist seinen Verletzungen im Kronenbause am Friedrichshain erlegen.

### Die Unruhen in der vergangenen Nacht.

Dolffs Bureau meldet: Die schweren Ausschreitungen haben auch in der vergangenen Nacht ihren Fortgang genommen. Als heute früh waren Meldungen von 22 Revieren auf den Kommandos der Schutzmannschaft eingelaufen, die von der Menge gestört worden waren, und zwar waren es 7 Reviere der 13. Hauptmannschaft, 8 der 12., 6 der 9., 7 der 6., 6 der 8. und 3 der 2. Hauptmannschaft. Drei Polizeioffiziere, die an verschiedenen Stellen beruhigend auf die Menge einzuwirken versuchten, wurden arg mißhandelt. In dem Hause Mühlstraße 48 plünderte man einen Woffenladen. Besonders hatte man es aber auf die Goldwaffengeschäfte in der Münz-, Alexander-, Schönhauser und Brunnenstraße abgesehen, wo man große Mengen Schmuckstücke erbeutete. Die Menge, die weiß aus mehreren 100 Personen bestand und von Soldaten und Matrosen geführt wurde, hat mit der Erstürmung der Polizeireviere seine heftigste Tat vollbracht, da sich auf jedem Revier nur 2 bis 4 Beamte befanden. Die übrigen hatten Straßendienst oder überwachen die Protokommissionen. Das Polizeipräsidium sollte wiederholt befehligt werden, so in der Nacht um 2, um 4 und schließlich um 6 Uhr. Eine starke Wachmeisterabteilung sowie eine militärische Verstärkung sicherten aber das Gebäude gegen jeden Angriff. Sie sind mit allen modernen Kampfmitteln ausgerüstet, so daß irgend ein Erfolg der Menge ausgeschlossen erscheint. Die Besatzung ist entschlossen, ihr Gebäude bis auf den letzten Mann zu halten, zumal auch nach dem Beschluß der Arbeiter- und Soldatenräte die Schutzmannschaft weiter ihren Dienst versehen sollen und gegen Märdern und Verbrecher sowie gegen andere schändliches Verbrechen energisch vorgehen soll. Das 14. Polizeirevier in der Kaiser-Wilhelm-Straße wurde wiederholt angegriffen. Man versuchte hier sogar auf Vektoren in die im ersten Stockwerk befindlichen Räume einzudringen.

In Charlottenburg, Neußßin und Schöneberg ist bisher alles ruhig geblieben. Am gestrigen späten Abend drangen 3 Soldaten in die Räume des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Dehnauer Str. 10, ein, bedrohten den Kassierenden Paul Seidel mit einem Revolver, bonden ihn zwischen Stuhl und Tisch fest und raubten 2000,50 M.

### Die Lage im Reich.

Nach den letzten Meldungen hat die Situation keine Veränderung erfahren.

Aus dem Ruhrgebiet werden nur kleine Teilstreiks von rein lokaler Bedeutung gemeldet. Der Streik auf der Grube König Ludwig bei Necklinghausen ist erloschen, die Belegschaft ist wieder eingetroffen. Ebenso ist der Ausbruch auf den beiden Reichs-Etinnen I, II, III, IV und Vereinigte Wehlem beendet. Dagegen befinden sich auf den Schachtanlagen von Deutscher Kaiser in Hamborn 5228 Mann der 8000 Mann starken Belegschaft seit gestern früh im Ausbruch. — Im ober-schlesischen Kohlengebiet herrscht Ruhe. Streiknachrichten liegen nicht vor.

In Mitteldeutschland ist es auch bis jetzt nicht gelungen, Dresden und Magdeburg in den Kreis der Streibewegung zu ziehen. Ein erneuter Versuch der Spartakisten in Dresden schlug wiederum vollkommen fehl.

In Halle herrscht seit der Besetzung durch die Regierungstruppen Ruhe. Die Wartesäle des Bahnhofs von Halle sind angefüllt mit Waren aller Art, die aus den Warenhäusern und anderen Geschäften bei den spartakistischen Plünderungen geraubt worden sind. Unter den geraubten Waren befinden sich nicht nur Gegenstände des täglichen Bedarfs, sondern auch zahllose Luxusartikel. Eine Anzahl Plünderer ist verhaftet und steht der gerichtlichen Verstraffung entgegen. Der Bürgerstreik in Halle ist aufgehoben. Die Wärdern haben wieder Brot. Die Zeitungen sollen von Mittwoch ab erscheinen.

In Leipzig dauert der Generalkstreik und der Gegenstreik unermindert fort. In größeren Ausschreitungen ist es nicht gekommen. Auch in Weistüringen hat der Streik bisher keine Abschwächung erfahren. In Sächstüringen gewinnt die Streik-

bewegung keinen Boden. Der Versuch, den Generalkstreik auch auf Jena zu übertragen, ist vorläufig gescheitert. Eine Konferenz der Betriebsvertrauensmänner und Gewerkschaftsvorstände hat mit 119 gegen 80 Stimmen den Generalkstreik abgelehnt.

In Königsberg ist die Nacht zum Dienstag ruhig verlaufen, auch der Sechtem ist völlig in der Hand der Regierungstruppen.

### Verstärkte Situation in Leipzig.

Die Situation in Leipzig ist nach einer Meldung der III. außerordentlich ernst und die Spannung nimmt ständig zu. Einmal ist die Frage der Lebensmittelversorgung für die nächsten Tage sehr zweifelhaft geworden, denn die regierungstreuen Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter weigern sich, Lebensmittel nach Leipzig zu befördern. Eine andere erhebliche Gefahr droht durch das Geldbedürfnis der Streikleitung. Die Streikleitung sollte die Banken aufgefordert, ihre Verleibe wieder aufzunehmen, da aber die Bankbeamten sich weigern zu arbeiten, wenn nicht die Gas-, Elektrizitäts- und Lebensmittelversorgung sichergestellt wird, ist die Erstürmung der Banken in Frage gestellt. Der Streikleitung kommt es in der Hauptsache darauf an, Geld zu erhalten. Sie hat deswegen am Dienstag mit den Banken verhandelt, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Diese Tatsache gibt Anlaß zu glauben, daß Leipzig am Vorabend erster Ereignisse steht, da für Mittwoch ein Aufbruch auf die Banken und das Rathaus erwartet wird, wo die Unterstühungsgelder für die Arbeitslosenunterstützung deponiert sind.

### Kein Generalkstreik in Königsberg!

Königsberg, 4. März. Wie uns von den Vertretern der großen Betriebe mitgeteilt wird, ist in einer heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskommissars Winnig abgehaltenen Sitzung eine Verklärung dahin zustande gekommen, daß die Betriebsvertreter sich bereit erklärten, auf ihre Kollegen einzuwirken, von der Verkündigung des Generalkstreiks abzusehen und in den ausländischen Betrieben die Arbeit am Mittwoch beziehungsweise Donnerstag wieder aufzunehmen.

### Wirrwarr in München.

Die Münchener Truppen gegen die Terroristen-Tiktatur.

Die Nachrichten aus München laufen sehr spärlich ein; der Verkehr ist fast völlig unterbrochen. Die wenigen Meldungen deuten auf einen völligen Wirrwarr hin. Der Rätekongreß nahm am Montagabend einen Antrag Landauer (Spartakist) an, wonach der Stadtkommandant Dürr (Rehrh. Bog.) seines Amtes zu entlassen sei. Jedoch befindet sich Dürr, hinter dem die ganze Münchener Garnison steht, einstweilen noch im Amte. Die Mitglieder sämtlicher Münchener Truppenteile verammelten sich in der Stadtkommandantur und erklärten, daß Dürr ihr vollkommene Vertrauen genießt. Sie lehnen es ab, mit den Spartakisten und Kommunisten zu arbeiten und erklärten, daß sie aus Rücksicht dem Terror der Straße und einer gewissenlosen Gewalt entgegenzutreten würden. Ferner verlangten sie eine andere Handhabung der Pressensur (sie besteht also noch immer — Freiheit unter Spartaß!), die jede Parteilose Worte kommen läßt. Die Stadtkommandantur ist militärisch abgelehrt.

Der Rätekongreß geht dagegen mit einer Proklamation vor, in der er sich als höchste Instanz in Bayern bezeichnen, die die Gewalt in Händen habe und sich darüber bedauert, daß „unverantwortliche Elemente“ die auswärtigen Garnisonen erfolgreich gegen München aufgebracht hätten. Der zum Militärminister ernannte Rehrheitssozialist Schneppenhock, der Stadtkommandant Dürr und ein Teil der republikanischen Schutztruppen werden „gegenrevolutionärer Vekreibungen“ bezichtigt. Angeblich soll hant Schneppenhock Scheid zum Kriegsminister ernannt worden sein.

Der Rätekongreß befindet sich noch immer in Arbeit.

München, 4. März. Laut „Staatszeitung“ ist das vom Rätekongreß ernannte Gesamtministerium nicht endgültig gebildet, da einzelne in Aussicht genommene Minister noch nicht zugeordnet haben. Voraussichtlich wird die Regierungsinne den morgen wieder zusammentretenden Rätekongreß auf neue beschäftigen.

### Deutschösterreichische Nationalversammlung

#### Nur den Anschluß an Deutschland.

Die deutschösterreichische Nationalversammlung wurde gestern in Wien eröffnet. Der Alterspräsident David (Bog.) sprach unter allgemeinem Beifall den Wunsch nach der Vereinigung aller Deutschösterreicher, auch aus Deutschböhmen und den Sudetenländern mit Deutschland aus. Dieser Wunsch entspreche dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem sich die Entente nicht widersetzen könne.

#### Eine neue Reichsarbeitererrätekonferenz.

Wien, 4. März. Die Reichskonferenz der Arbeitererräte nahm eine Resolution an, in der erklärt wird, daß der Sturz der alten politischen Gewalten und die Errichtung der Republik der Anfang, nicht das Ende der Umwälzung sei.

Die Reichskonferenz billigte das sozialdemokratische Aktionsprogramm. Sie beschloß ferner, daß die Reuwohlen der Ortsarbeitererräte an allen Orten erfolgen sollen, woraus eine neue Reichsarbeitererrätekonferenz zur endgültigen Regelung der Fragen der Organisation und der Aktion einberufen werden soll.

### Eine Kundgebung der holländischen Arbeiterschaft.

#### Für Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Amsterdam, 4. März. Die Leitung der holländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat an die sozialdemokratischen Parteien von England, Frankreich, Italien und Belgien ein vom Vorsitzenden Blugens und dem Sekretär Raitbyfen unterzeichnetes Telegramm geschickt, in welchem sie auf die unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, vor allem in der Arbeiterklasse verweist. Die Deutschland zur Verzweiflung treiben und bedauerliche Ausschreitungen verursachen. In Deutschland herrsche fast völlige Mangel an unentbehrlichen Lebensmitteln, eine entsetzliche Sterblichkeit, besonders unter den Kindern, alten Leuten und schwächeren Frauen. Es drohe ein moralischer Zusammenbruch, der ein anarcho-sozialistisches Chaos zur Folge haben würde, das nicht nur für das deutsche Volk allein gefährlich wäre. Die Lage könne sich nur dann bessern, wenn die sozialistischen Regierungen sofort Lebensmittel nach Deutschland schickten. Dies sei nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, deren Stimme durch den Kriegslärm allzulange erstickt worden sei, sondern auch ein Gebot verständigter Politik. Das Telegramm schließt mit den Worten: Wir rufen die sozialistischen Parteien der alliierten Länder vertrauensvoll an, alle ihre Kräfte aufzubringen, damit ihre Regierungen Maßregeln zur Verhinderung des vollständigen Zusammenbruchs des deutschen Volkes treffen, der für ganz Europa verhängnisvolle Folgen haben würde.



